

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Grundsatzreferat des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske

Frank Bsirske, ver.di-Vorsitzender

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, wie euer Eindruck gestern Abend war, aber ich finde, ihr habt da ein richtig starkes Team gewählt mit richtig, richtig guten Kolleginnen und Kollegen, die ihr an die Spitze der Organisation gestellt habt. (Beifall)

Jetzt ein Ausblick auf das, was vor uns liegt und vor uns liegen soll, im Sinne einer Grundsatzrede.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Diskussion zum Geschäftsbericht hat gezeigt: Wir sind gegenwärtig mit vielfältigen Umbrüchen konfrontiert: in der Arbeitswelt, in der Gesellschaft, in Europa und darüber hinaus. Es sind Umbrüche, die verunsichern, aber auch als neue Herausforderungen wahrgenommen werden. Wie wollen wir uns diesen Herausforderungen stellen? Dazu müssen wir unsere Strategien überprüfen, müssen Positionen überdenken. Es gibt Diskussions- und es gibt Handlungsbedarf.

Erst vor Kurzem hieß es in der „Frankfurter Rundschau“ - ich zitiere -: „Die neuen Milliardäre der US-Westküste (...) schreiben die Regeln neu und zertrampeln klassische Geschäftsfelder. Google und Facebook kapern den Anzeigenmarkt, Amazon krepelt den Handel um, Airbnb verhökert jedes Gästebett. Und Uber knüpft sich nun das Transportwesen vor. Der Siegeszug sei ‚eine politische Kampagne‘, konstatiert Uber-Gründer Travis Kalanick: ‚Und der Gegner ist ein Arschloch namens Taxi.‘“

Womit wir da konfrontiert werden, ist ja nicht nur Großsprech. Da laufen tiefgreifende Transformationsprozesse, die sich in den kommenden Jahren noch beschleunigen und weitere Branchen erfassen werden.

Was müssen wir tun, welche Forderungen müssen wir entwickeln, wie unseren Druck verstärken, um die sozialen und ökonomischen Umbrüche zu beeinflussen und im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mitzugestalten?

Die Umwälzungen, die sich mit der Digitalisierung in der Arbeitswelt wie insgesamt in der Gesellschaft vollziehen, sind fundamental. Menschliche Arbeit verschwindet, wird von intelligenten Maschinen übernommen. Neue Arbeit entsteht. Wie sieht die Bilanz aus? Und wie gestalten wir Übergänge?

Brüche und Umbrüche kennzeichnen auch unsere sozialen Sicherungssysteme: Der Bruch zwischen denen ganz unten und denen ganz oben wird tiefer, dazwischen erfasst Verunsi-



Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Grundsatzreferat des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske

cherung auch Angehörige der Mittelschicht, zu der sich die überwiegende Mehrheit der abhängig Beschäftigten rechnet. Auch dort sorgen sich Menschen um ihre Zukunft und ihre soziale Sicherheit.

Als Folge der Entsicherung der Arbeitsverhältnisse, der ungleichen Bezahlung der Geschlechter und vor allem zahlreicher Kürzungen der Alterssicherung droht mittlerweile massenhafte Altersarmut. Junge Menschen beginnen, nach dem Sinn von Rentenbeiträgen zu fragen, wenn diese dann im Alter doch nicht vor Armut schützen. Das auf der Solidarität der Generationen beruhende Rentensystem ist bedroht. Dem müssen wir mit aller Macht entgegentreten. (Beifall)

Wir erleben, Kolleginnen und Kollegen, dass das europäische Sozialmodell zu zerbrechen droht. Die Spaltung Europas vertieft sich - zwischen Nord- und Südeuropa, zwischen Arm und Reich -, getrieben durch eine unsoziale Sparpolitik, für die der Umgang mit Griechenland ein erschreckendes Beispiel ist.

Die Umbrüche in vielen Regionen der Welt, die Folgen von Krisen und Kriegen haben Europa eingeholt. Davor schützen keine Zäune, keine Mauern und kein noch so tiefes Meer. (Vereinzelt Beifall) In den Notunterkünften für Geflüchtete können wir tagtäglich auf die Not und die Hoffnung treffen, hier Schutz und zumindest vorübergehend eine neue Bleibe zu finden. Wie können wir human und angemessen darauf reagieren?

Was, Kolleginnen und Kollegen, sollten wir uns mithin vornehmen für dieses und für die nächsten vier Jahre? - Das ist das Thema heute Morgen und in den nächsten vier Tagen hier auf unserem Kongress.

Lasst es mich einmal so sagen: Zunächst einmal, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir uns selbst verändern. Damit haben wir 2007 angefangen und in den letzten vier Jahren die entscheidenden Weichen gestellt: Wir wollen stärker werden. Wir wollen mehr Menschen für die Mitgliedschaft in ver.di gewinnen. Dabei haben wir unsere Blickrichtung verändert. Deswegen stellen wir die Erwartungen der Mitglieder, die wir gewonnen haben und die wir noch gewinnen wollen, fortan in den Mittelpunkt. Das ist das Kernanliegen der „Perspektive 2015“.

Gerade im Hinblick auf die Verstetigung der Mitgliedschaft über die ersten fünf Jahre nach dem Eintritt hinaus arbeiten wir daran, unseren Mitgliedern mehr ver.di bieten zu können. Sie erwarten schnelle und gute Dienstleistungen, und diese muss ihnen ihre Dienstleistungsgewerkschaft auch bieten können.

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Grundsatzreferat des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske

Die längere Erreichbarkeit unserer Geschäftsstellen, verlässliche schnellere Bearbeitungs- und Antwortzeiten bei gleichzeitig ausgezeichneter Qualität der Rechtsberatung und der Gewinn von zusätzlicher Zeit für die Betriebs- und Tarifarbeit, für die Interessenvertretung - das ist der Kern der Mitgliederorientierung.

Wie dazu ver.di-Zentren und Teams für Recht und Beratung beitragen können und damit einhergehend auch die politische Funktion der Bezirke gestärkt werden kann, wird ab Oktober im Landesbezirk Niedersachsen-Bremen und ab Dezember im Landesbezirk Bayern pilothaft erprobt und von unabhängiger Seite evaluiert.

Zusammen mit einer stärkeren Arbeitsteilung zwischen kollektiver Betriebs- und Tarifarbeit sowie individueller Mitgliederbetreuung ist das faktisch die weitreichendste Umorganisation in einer deutschen Gewerkschaft seit Jahrzehnten - eine Umorganisation, die an alle Beteiligten in den beiden Landesbezirken und in der Bundesverwaltung hohe Anforderungen stellt und mit erheblichen Belastungen verbunden sein wird.

Wir haben diesen Schritt gründlich vorbereitet und sind entschlossen, den eingeschlagenen Weg konsequent weiterzuverfolgen. Erweist er sich als erfolgversprechend, werden wir ihn in der gesamten Organisation nachvollziehen. Sollte das nicht der Fall sein, werden wir die notwendigen Konsequenzen ziehen.

In der Vergangenheit, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind Mitglieder ausgetreten, ohne dass wir darauf überall gezielt reagiert haben. Nun gilt die Vereinbarung, dass in allen Bezirken ab 2016 verbindliche Rückholarbeit stattfindet. Wenn zurzeit mithilfe externer Dienstleister jedes siebte ausgetretene Mitglied zurückgeholt wird und die Erfolgsquote zum Teil noch höher liegt, kann, darf und wird es in Zukunft keine Bezirke mehr geben, in denen keine oder nur eine minimale Rückholarbeit geleistet wird. Und das ist gut so, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Bleiben wir noch einen Augenblick bei diesem Thema. Analysiert man das Austrittsverhalten, so fällt auf, dass die Austrittsbereitschaft in den ersten fünf oder sechs Jahren nach Beitritt auffällig hoch ist, besonders hoch nach ein bis zwei Jahren, und zwar vor allem bei jungen Mitgliedern. Nach sieben Jahren Mitgliedschaft treten dann deutlich weniger aus. Erst wenn die Rente naht, verlassen wieder viele die Organisation. Auf das Lebensalter bezogen, sehen wir die absoluten Austrittsspitzen zwischen dem 60. und 62. Lebensjahr.



Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Grundsatzreferat des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske

Dieses Austrittsverhalten hat gravierende Konsequenzen, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung des Durchschnittsalters der ver.di-Mitglieder. Das ist seit 2002 um mehr als vier Jahre gestiegen und liegt heute bei 52,1 Jahren. Das Durchschnittsalter der erwerbstätigen Mitglieder ist niedriger, liegt bei 48 Jahren, ist aber sogar noch etwas stärker gestiegen als das aller ver.di-Mitglieder.

Das sind Fakten, liebe Kolleginnen und Kollegen, die unbedingt zur Kenntnis genommen werden müssen. Und diese Fakten liegen nicht an einem steigenden Seniorenanteil, sondern daran, dass wir zwar viele Menschen unter 35 für ver.di gewinnen, aber viele jung eingetretene Mitglieder nach nur vielen Jahren auch wieder verlieren.

Dem entgegenzuwirken, einen Schwerpunkt unserer Arbeit auf die Gewinnung und damit auf die Interessen, Bedürfnisse und Ansprüche der Jungen und insbesondere auch der 30- bis 40-Jährigen zu konzentrieren, ist aller Mühe wert. Dafür brauchen wir geeignete Ansprache- und Politikkonzepte. Dazu gehört auch, dass wir die besonderen Interessen junger Menschen und ihre Wünsche an die Gestaltbarkeit der Arbeit gewerkschafts- und betriebspolitisch aufnehmen.

Wenn wir das Mitglied in den Mittelpunkt stellen und gleichzeitig verhindern wollen, dass wir überproportional viele Mitglieder in bestimmten Lebensphasen verlieren, müssen wir stärker proaktiv auf unsere Mitglieder zugehen. Deshalb werden wir zunächst in Pilotprojekten die neuen Mitglieder in den ersten fünf Jahren telefonisch und über Newsletter gezielt ansprechen. Eine gezielte Ansprache soll es auch vor dem Übergang von der Ausbildung in den Beruf und vor dem Rentenanstritt geben.

Die vielfältigen und oftmals sehr kleinräumigen Unternehmensstrukturen in unseren Branchen sind uns sodann Anlass, neue Wege der Mitgliederwerbung zu gehen.

Mit dem Pilotprojekt in Baden-Württemberg zur Straßenwerbung betreten wir - jedenfalls in Deutschland - gewerkschaftliches Neuland, und zwar bisher mit beachtlichem Erfolg. Wenn sich durch Straßenwerbung in nennenswertem Umfang Mitglieder gewinnen und dann perspektivisch auch halten lassen, dann werden wir das Konzept Zug um Zug in weiteren Landesbezirken anwenden. Wir profitieren dabei als Multibranchengewerkschaft von der großen Breite unseres Organisationsbereichs.

30 Prozent aller Eintritte erfolgen zurzeit online - Tendenz steigend. Das ist auch im Vergleich zu anderen Gewerkschaften viel. Und wir wollen diesen Kanal gezielt bewerben.

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Grundsatzreferat des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske

Dazu wollen wir noch in diesem Jahr ein auf die Bedürfnisse und Interessen potenzieller Mitglieder ausgerichtetes Onlinemarketing einsetzen.

Das hat in der letzten Woche begonnen und hat bereits erste positive Erfolge vorzuweisen. Wir werden sehr aufmerksam verfolgen, wie sich das weiterentwickelt und ob das ein Kommunikationskanal ist, den wir weiter ausbauen und ausgestalten sollten.

Die Organisation der kollektiven Tarif- und Betriebsarbeit wollen wir noch stärker mitglieder- und potenzialorientiert ausrichten. Die betriebsbezogene Planung und Durchführung der Werbung von Auszubildenden und jungen Beschäftigten muss dabei zum verbindlichen Bestandteil systematisch verzahnter Zielplanung zwischen unserer Jugend und den Fachbereichen werden. (Beifall) Das ist erfolgskritisch!

Um deutlich zu machen, dass das nicht irgendwelche anderen betrifft, will ich unterstreichen, Kolleginnen und Kollegen: Die Umsetzung kann nur gelingen, wenn es Betriebsräte, Personalräte, Mitarbeitervertretungen und Jugendvertretungen gibt, die das zu ihrem persönlichen Anliegen machen. (Beifall) Das geschieht noch zu wenig, und das müssen wir ändern.

Ihr werdet den Unterlagen entnommen haben: Die Jugend von ver.di will den Jugendanteil an der Mitgliedschaft von zurzeit 5,6 Prozent bis 2020 auf den heutigen DGB-Durchschnitt von 8,5 Prozent steigern. Das ist eine anspruchsvolle, aber richtige Zielmarke. Realisieren kann die Jugend das nur im Verbund mit der Betriebsarbeit der Fachbereiche. Nur wenn alle dies als eine Selbstverpflichtung ansehen, können mehr junge Mitglieder gewonnen werden. Die Jugend braucht uns, und wir brauchen die Jugend. Packen wir es gemeinsam an, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, wir wissen: Die Zukunft der Gewerkschaft entscheidet sich im Betrieb, entscheidet sich in der Arbeitswelt in all ihren Ausprägungen. Die Auseinandersetzung um Gute Arbeit ist unser strategisches Konzept. Wir setzen darauf, in Konflikten um die Gestaltung und Wertschätzung der Arbeit Betroffene zu Beteiligten zu machen. Nicht nur, sondern mit den Kolleginnen und Kollegen sollten wir handeln. Es geht um „Arbeitspolitik von unten“, um demokratische Einflussnahme am Arbeitsplatz.

Ich sage das gerade im Hinblick auf die Managementkonzepte, die in vielen Betrieben Einzug gehalten haben und darauf zielen, die Beschäftigten autonomer und verantwortlicher arbeiten zu lassen. Höhere Verantwortung und höhere Autonomie aufseiten der Beschäftigten verbinden sich hier mit der Anforderung, die betrieblichen Prozesse ohne direkte



Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Grundsatzreferat des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske

Anweisungen und ohne den Blick auf die Uhr selbstständig zu meistern. „Mehr Druck durch mehr Freiheit“ - diese Formel bringt die Wirkung dieser Konzepte sehr gut auf den Punkt.

Ziel ist es, den Beschäftigten nahezulegen, tarifliche und betriebliche Arbeitszeitregelungen in eigener Initiative zu unterlaufen. Deshalb wird es immer wichtiger, dass Tarifverträge auch von solchen Beschäftigten als nützlich erkannt werden, in deren Milieus kollektives Handeln nicht oder wenig verbreitet ist. Auch für diese Beschäftigten ist es nämlich so, dass zeit- und mengenmäßiger Leistungsdruck nur zu oft befriedigendes Arbeiten und damit eine Balance zwischen Leben und Arbeit erschwert, ja verhindert. Weil oft selbst die Regeneration nicht mehr gelingt, leiden immer häufiger Gesundheit, Psyche und soziale Beziehungen.

Demgegenüber gilt es, den Wunsch der Beschäftigten nach Selbstbestimmung und Selbstverantwortung zu unterstützen. Stellvertreterhandeln über die Köpfe der Betroffenen hinweg führt da nicht weiter. Die Beschäftigten selbst müssen stärker beteiligt werden.

Die Forderung nach Guter Arbeit ist zugleich eine Chance, um in zentralen Feldern der Gestaltung der Arbeitsbedingungen als Gewerkschaft vor allen betriebspolitisch, aber auch tarifpolitisch handlungsfähig zu werden, eigene Konzepte von Guter Arbeit in die Auseinandersetzung einzubringen und vor Ort, im Betrieb, die Auseinandersetzung aufzunehmen, ausgerichtet an den vier Prinzipien, die Gute Arbeit ausmachen:

Gute Arbeit muss gut bezahlt, sozial abgesichert und menschengerecht gestaltet sein.

Gute Arbeit umfasst gute Bildung, Qualifikations- und Entwicklungschancen.

Gute Arbeit ist mitbestimmt und bietet den Beschäftigten Partizipationsmöglichkeiten.

Und Gute Arbeit ist tariflich geschützte und gestaltete Arbeit, Kolleginnen und Kollegen. Dafür setzen wir uns gemeinsam ein. (Beifall)

In diesem Sinne führen wir aktuell die Auseinandersetzung um die Eingruppierung der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst als eine für die Aufwertung der sozialen Berufe. Auch materiell. Auf einen Schlag wird das nicht durchsetzbar sein. Das ist angesichts des erbitterten Widerstands der Arbeitgeber offenkundig. Aber ein erkennbarer Schritt dahin muss erfolgen. Soll ein erneuter und dann verschärfter Arbeitskampf vermieden werden, braucht es die Bereitschaft, sich zu bewegen. Wir werden sehen, ob die Arbeitgeber

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Grundsatzreferat des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske

in den vereinbarten Gesprächen nächste Woche zu Verbesserungen gegenüber der Schlichtungsempfehlung bereit sind.

Unabhängig vom weiteren Verlauf und vom Ausgang dieser Tarifauseinandersetzung können wir festhalten: Es ist uns gelungen, die Frage des Stellenwerts der sozialen Berufe über Wochen in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit zu rücken. Das gab es noch nie. (Beifall) Zugleich ist ein bisher nicht dagewesenes Maß an Vernetzung entstanden, das es zu nutzen gilt. Denn die Initiative zur Aufwertung der sozialen Berufe muss weitergehen, damit die Arbeit im Gesundheitsbereich, in Krankenhäusern und Altenpflegeeinrichtungen, im Bildungsbereich und in der sozialen Arbeit gesellschaftlich mehr Anerkennung erfährt. Dort wird großartige Arbeit geleistet: für die Gesellschaft, für unser aller Wohlergehen und Zukunft. Großartige Arbeit, die zudem in den letzten Jahren entschieden anspruchsvoller geworden ist. Und die Beschäftigten verlangen dafür mit vollem Recht mehr Wertschätzung, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Es ist zugleich eine Auseinandersetzung um die Aufwertung frauentypischer Berufe. Da geht es um bessere Bezahlung und um bessere Arbeitsbedingungen. Um gesetzliche Personalbemessungsvorgaben in der Krankenpflege zum Beispiel, um bessere Personalschlüssel in den Kitas und geringere Fallzahlen in der Sozialarbeit, um mehr Personal für gute Arbeitsqualität.

Das sind Fragen und Themen, die uns auch in vielen anderen Bereichen beschäftigen: in Banken ebenso wie im ÖPNV, im Handel wie in Zeitungsredaktionen. Unser Ziel ist die Aufwertung der Dienstleistungsarbeit. Zwei Drittel der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung werden in den Dienstleistungsbereichen erbracht und ein ebenso hoher Anteil der Beschäftigten ist dort tätig - mit steigender Tendenz. Und darum muss den schlechten Arbeitsbedingungen endlich ein Riegel vorgeschoben werden. (Beifall)

Auch darum, Kolleginnen und Kollegen, ist der Konflikt bei Amazon für uns von so großer Bedeutung. Bei Amazon treffen wir auf ein System totaler Kontrolle und Gängelung mit sogenannten Inaktivitätsprotokollen und Feedback-Gesprächen, in denen Mitarbeiter mit dem Hinweis auf die per Scanner jederzeit transparenten Leistungen anderer Kolleginnen und Kollegen massiv unter Druck gesetzt werden.

Hinzu kommt, dass viele Mitarbeiter nur befristet eingestellt sind und das Unternehmen Druck damit ausübt. Einerseits werden für überdurchschnittliche Leistungen unbefristete Verträge in Aussicht gestellt, andererseits droht man den Beschäftigten mit weniger guten Leistungen damit, das befristete Arbeitsverhältnis nicht zu verlängern.



Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Grundsatzreferat des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske

Jetzt hat auch die New York Times in einer aufsehenerregenden Reportage über Amazon-Angestellte berichtet, die in Folge des ungeheuren Leistungsdrucks seelisch zusammenbrachen, aus Furcht vor Konsequenzen Dienstreisen selbst bezahlten und E-Mails auch nach Mitternacht beantworteten. Wer gesundheitliche Probleme habe, dem drohe der Rauswurf. Dies sei etwa Beschäftigten passiert, die von einem Krebsleiden erfahren oder eine Fehlgeburt erlitten hätten.

Eine frühere Amazon-Mitarbeiterin sagte der Süddeutschen Zeitung, es sei üblich, dass Chefs ihre Untergebenen anschreien. Zum Weinen gehe man auf die Toilette, an Geschluchze aus der Nachbarkabine gewöhne man sich schnell. Auch gebe es eine Art Wettbewerb darum, wer abends als letzter nach Hause geht und auf Rundmails am Wochenende am schnellsten antwortet.

Amazon-Chef Jeff Bezos, der einer der fünf reichsten Menschen der Welt sein soll, wird mit den Worten zitiert, zu viel Harmonie im Betrieb schade dem wirtschaftlichen Erfolg.

In den Versandzentren zeichnen Scanner jeden Schritt eines Mitarbeiters wie Fahrtenstreifen auf. Das System weiß immer, wer was in welcher Zeit transportiert, und auf Inaktivität folgt Maßregelung. Ein sogenanntes Inaktivitätsprotokoll, das der „Berliner Zeitung“ vorlag, enthielt zum Beispiel den Vermerk, dass der Mitarbeiter, um den es ging, bereits zweimal durch jeweils ein- und zweiminütige Unterhaltungen aktenkundig geworden sei. Man habe ihn daher im Gespräch belehrt, dass er damit seine arbeitsvertragliche Pflicht zur Erbringung der Arbeitsleistung verletzt habe. Extreme Krankenstände von 20 Prozent und mehr sind die Folge.

Kolleginnen und Kollegen, mit guter Arbeit hat das nichts zu tun. (Beifall) Was wir da bei Amazon antreffen, auch in Deutschland, klingt nach Manchesterkapitalismus des 19. Jahrhunderts und ist doch zugleich ein auf die Zukunft gerichtetes Labor der Ausbeutung. Moderne Technik macht möglich, dass jederzeit genau verfolgt werden kann, wer was leistet. Harte Arbeit und ständige Erreichbarkeit sind selbstverständlich. Wer nicht mithalten kann oder will, wird aussortiert, und damit dies reibungslos über die Bühne geht, wird versucht, die Gewerkschaft aus dem Betrieb zu halten.

Kolleginnen und Kollegen, unsere Aufgabe, ja, unsere Verpflichtung als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ist es, dafür zu sorgen, dass die Arbeit der Zukunft so nicht aussieht. Deswegen streiken wir bei Amazon auch in dieser Kongresswoche. (Beifall) Deswe-

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Grundsatzreferat des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske

gen kämpfen wir überall da, wo ver.di ist, für Gute Arbeit, und zwar gemeinsam, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Dabei müssen wir uns darauf einstellen, dass sich die Arbeitswelt insbesondere durch die Digitalisierung fundamental und umfassend verändern wird, und das betrifft keineswegs nur die Industrie, sondern vor allem die Dienstleistungen. Sich diesem Strukturwandel zu verweigern, wäre ein fataler Fehler. Vielmehr müssen wir uns um eine intelligente Regulierung digitaler Erwerbsarbeit bemühen, zusammen mit der Politik und den Arbeitgebern, die ebenso wie wir sehen, dass die digitale Umwälzung nicht dem Selbstlauf überlassen werden darf. Soll sie in den Betrieben gelingen und in ihren gesellschaftlichen Folgen beherrschbar bleiben, müssen wir die Digitalisierung gemeinsam gestalten, müssen wir sie gestalten im Hinblick auf die Herausforderung digitaler Transparenz und Kontrolle, mit Daten als Herrschaftsinstrument, siehe Amazon. Wir müssen sie gestalten mit Blick auf die Herausforderung digitaler Prekarisierung, wie wir sie bei den Clickworkern als modernem Proletariat der Internetplattformen erleben, und ebenso mit Blick auf die Herausforderung digitaler Massenarbeitslosigkeit. Kolleginnen und Kollegen, da gilt es, den Blick zu schärfen.

Der aktuelle Umbruch weist nämlich drei Besonderheiten auf: Erstens. Die Entwicklung der Roboter verläuft viel, viel schneller als gedacht. Das hohe Tempo der Innovation überrascht selbst Experten. Zweitens. Der Umbruch ist mittlerweile eng mit software- und plattformbasierten Geschäftsmodellen verbunden, die etablierte Unternehmen und ganze Branchen samt ihren Beschäftigten in schwere Turbulenzen stürzen und in ihrer Existenz gefährden - zu zertrampeln drohen, wie es da von der Westküste der USA hieß. Obendrein kommt, drittens, hinzu, dass der digitale Umbruch die Branchen gleichzeitig und nahezu flächendeckend erfasst.

Eine solch tiefgreifende Umwälzung kann nicht ohne gravierenden Einfluss besonders auf die Arbeitsmarktentwicklung bleiben. Dazu liegt mittlerweile eine Reihe von Studien vor. Was dabei zum Teil an Ergebnissen herauskam, verdient durchaus die Bezeichnung alarmierend. Den größten Widerhall hat in dieser Hinsicht eine bereits 2013 veröffentlichte Arbeit der beiden Oxford-Ökonomen Frey und Osborne hervorgerufen, die für die USA zu dem Ergebnis gelangte, dass in den nächsten ein bis zwei Jahrzehnten von 800 Berufen rund 47 Prozent durch Computerisierung gefährdet seien.

Für Deutschland ist eine auf der Methodik von Frey und Osborne basierende Studie der Forschungsabteilung der ING-DiBa-Bank zu einem noch skeptischeren Befund gekommen, ich zitiere: „Wenn wir die verfügbaren Arbeitsmarktdaten für Deutschland mit den von



Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Grundsatzreferat des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske

Frey und Osborne berechneten Wahrscheinlichkeiten kombinieren, stellt sich dar, dass 59 Prozent oder über 18 Millionen Arbeitsplätze gefährdet sind. So werden die meisten Arbeitsplätze der folgenden fünf Berufe roboterisiert: Büro- und Sekretariatskräfte (1,9 Millionen), Hilfskräfte für Post- und Zustelldienste sowie Lagerwirtschaft (1,5 Millionen), Verkäufer (1,2 Millionen), Hilfskräfte in der Reinigung (1,1 Millionen) und Gastronomie-Servicekräfte (661.000). ... Insgesamt machen allein diese fünf Berufe 6,3 Millionen gefährdete Arbeitsstellen aus.“

Kolleginnen und Kollegen, soll die Digitalisierung nicht massenhafte Arbeitslosigkeit mit sich bringen, so müssen jetzt die richtigen Entscheidungen fallen. Es bedarf, sagt die Computerwissenschaftlerin Constanze Kurz, einer „politischen Agenda für Beschäftigung im digitalen Umbruch, damit der technische Wandel zu humanem, wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt führen kann und nicht nur einseitig zu Effizienzsteigerungen und Profitmaximierung“.

Eine solche Agenda müsste aus ver.di-Sicht fünf zentrale Zielsetzungen haben: erstens die Verbesserung unseres Wissens über die voraussichtlichen Beschäftigungswirkungen der Digitalisierung, zweitens die Unterstützung der von Arbeitsplatzverlusten bedrohten und betroffenen Menschen, drittens die Verteilung der vorhandenen und zumindest vorübergehend wohl reduzierten Menge an Arbeit auf die Gesamtzahl der Erwerbssuchenden, viertens die gezielte Erschließung neuer Beschäftigung in gesellschaftlichen Bedarfsfeldern und schließlich, fünftens, die Umlenkung der immensen Produktivitäts- und Wohlstandszuwächse der digitalen Umwälzung zur Finanzierung der anstehenden gesellschaftlichen Aufgaben.

Betrachten wir die einzelnen Punkte dieser „Agenda für Beschäftigung im digitalen Umbruch“ einmal näher, so stellen wir fest: Ja, Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen mehr spezifischeres Wissen. Darum müssen die auf Technikfolgenabschätzung gerichteten Forschungsanstrengungen intensiviert werden. Das ist folgerichtig der erste Punkt unserer Agenda.

Ich will daran erinnern: Bei den Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD im Jahr 2013 haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass ein Bundesforschungsprogramm mit dem Titel „Innovationen für die Produktion, Dienstleistungen und Arbeit von morgen“ aufgelegt wird. Für das Programm sollen bis 2020 eine Milliarde Euro zur Verfügung gestellt, und die Sozialpartner sollen an seiner Entwicklung, Begleitung und Auswertung teilnehmen. Das ist ein wichtiger Erfolg für uns.

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Grundsatzreferat des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske

Kernpunkt unserer Agenda muss die Unterstützung der von Arbeitsplatzverlusten bedrohten Menschen sein, durch Qualifizierungsangebote und alternative Beschäftigungsmöglichkeiten. Angesichts der Verschiebungen im Qualifikationsgefüge der Arbeitsgesellschaft müssen die Bemühungen auf allen Ebenen des Bildungssystems, namentlich in der beruflichen Aus- und Weiterbildung, verstärkt werden, um die Beschäftigungsfähigkeit der Menschen zu sichern und die Beschäftigungschancen des Wandels nutzen zu können.

Dies wird ohne eine verbesserte finanzielle und personelle Ausstattung des Bildungssektors nicht zu erreichen sein. Auch bedarf es größerer zeitlicher Spielräume für Weiterbildungen. Die wirtschaftlichen Erträge digitaler Automatisierung müssen deshalb auch der Requalifizierung der betroffenen Beschäftigten zugute kommen, zum Beispiel im Wege erhöhter Investitionen und verlängerter Weiterbildungszeiten. Dazu bietet sich - und das ist das, was wir vorschlagen - das Modell einer geförderten Bildungsteilzeit an, das die in der Vergangenheit übliche Förderung der Altersteilzeit aufgreift und die entsprechenden Mechanismen zur Qualifikationsförderung nutzt.

Kolleginnen und Kollegen, seit 2013 gibt es in Österreich zum Beispiel ein Gesetz zur Bildungsteilzeit. Dort besteht die Möglichkeit, die Arbeitszeit zu reduzieren, um sich weiterzubilden und für die wegfallenden Stunden einen Lohnersatz zu bekommen. Zudem könnten Tarifabschlüsse zur Förderung von Bildungsteilzeit durch staatliche Zuschüsse erleichtert und verbessert werden. Dafür wollen wir uns einsetzen. (Beifall)

Nicht nur im Zusammenhang mit der Qualifizierungsfrage, sondern aufgrund der Notwendigkeit einer gerechten Verteilung der verfügbaren Arbeitsmenge wird das Thema Arbeitszeit - dritter Punkt der Agenda - im Zuge des digitalen Umbruchs wieder zunehmende Bedeutung erlangen. Dass kürzere Arbeitszeiten ein hilfreiches Instrument sind, um Produktivitätsschübe auch den abhängig Beschäftigten zugute kommen zu lassen und der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, das ist in der Geschichte schließlich unter Beweis gestellt worden. Ihr erinnert Euch: Gestern Abend hat Lothar Schröder das Thema Arbeitszeitverkürzung vor dem Hintergrund digitaler Umwälzung angesprochen, auch und gerade vor dem aktuellen Hintergrund, dass bei der Telekom die Arbeitszeit von 2.000 Kolleginnen und Kollegen auf 34 Stunden verkürzt wird, um Produktivitätsschübe abzufedern. Das ist durchaus richtungsweisend. (Beifall)

Genauso wichtig wie die Verteilung des Arbeitsvolumens ist es, dass zusätzliche und sinnvolle Beschäftigung entsteht, dass neue Jobs in großer Anzahl geschaffen werden. Die Erschließung zusätzlicher Beschäftigung in der erforderlichen Größenordnung wird jedoch



Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Grundsatzreferat des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske

nicht im marktwirtschaftlichen Selbstlauf vonstatten gehen, sondern bedarf der politischen Steuerung.

Die großen Bedarfe an sozialen Dienstleistungen, an Bildung, Gesundheit und Pflege, an der Förderung von Integration und interkultureller Kompetenz sind hinreichend bekannt und dringlich zu decken. Auch werden die Energiewende, die Durchsetzung nachhaltiger Mobilität und der ökologische Umbau nicht ohne eine Fülle beratender und begleitender Dienstleistungen gelingen können, ganz zu schweigen von den Herausforderungen des demografischen Wandels.

Die entscheidende Aufgabe der vor uns liegenden Jahre besteht deshalb darin, die gewaltigen Zugewinne an Produktivität und Reichtum, die durch den digitalen Umbruch möglich werden, zur Förderung solcher Dienstleistungen in gesellschaftlichen Bedarfsweldern zu nutzen - nicht nur, um Arbeitsplätze zu schaffen, sondern auch, um humanen, sozialen und ökologischen Fortschritt zu ermöglichen.

Damit ist bereits der fünfte Pfeiler einer politischen Agenda für Beschäftigung im digitalen Umbruch genannt. Ohne ein Umlenken zumindest von Teilen der Digitalisierungsdividen den werden die oben genannten Zielsetzungen nicht finanzierbar und die Umbrüche nicht in gesellschaftlichen Fortschritt umzumünzen sein.

„Die Frage,“ sagte die schon zitierte Computerwissenschaftlerin Constanze Kurz auf unserer Digitalisierungskonferenz zu Recht, „wie die Früchte dieser Entwicklung verteilt werden, ob wir es schaffen, sie für eine bessere, gerechtere und lebenswerte Gesellschaft einzusetzen, oder zulassen, dass Macht und Geld weiter in den Händen Weniger konzentriert werden, ist eine der Kernfragen unserer Zeit.“ (Beifall) „Die Dinge einfach laufen zu lassen, darauf zu hoffen, dass der Markt das Problem schon irgendwie regeln wird, ist sträflicher Leichtsin.“ - Kolleginnen und Kollegen, ein Leichtsin, dem wir nicht aufsitzen wollen. (Beifall)

Deswegen kämpft ver.di für Gute Arbeit in digitalen Zeiten. Wir tun dies auch mit Blick auf die aktuellen Gegebenheiten auf dem deutschen Arbeitsmarkt.

Nach aktuellen Daten des Statistischen Bundesamtes gelten drei Millionen Menschen in Deutschland als „unterbeschäftigt“. Das heißt, sie sind zwar erwerbstätig, wollen aber mehr arbeiten. Von diesen Menschen arbeiten 1,7 Millionen in Teilzeit. Dabei handelt es sich überwiegend um Frauen. Und in vielen Fällen ist diese Teilzeit nicht freiwillig.

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Grundsatzreferat des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske

Neben der anhaltend hohen Zahl von rund einer Million Langzeitarbeitslosen erfasst das vermeintliche deutsche Jobwunder auch nicht die Beschäftigten in unsicheren und schlecht entlohnten Arbeitsverhältnissen.

Vor diesem Hintergrund ist es unsere Aufgabe, weiter dafür zu streiten, dass prekäre Beschäftigungsverhältnisse eingedämmt werden. Die im Koalitionsvertrag angekündigten Gesetzesvorhaben gegen die missbräuchliche Nutzung von Leiharbeit und Werkverträgen müssen auch umgesetzt werden. Aber sie reichen bei Weitem nicht aus.

Bei der Leiharbeit muss das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ vom ersten Tag an gelten. (Beifall) Scheinselbstständigkeit und Scheinwerkverträge müssen unterbunden werden. Zusammen mit dem DGB werden wir uns dafür einsetzen, dass Minijobs wieder in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden. (Beifall)

Darüber hinaus werden wir tarifpolitisch und arbeitsmarktpolitisch gegen die ausufernde Befristungspraxis angehen, insbesondere gegen die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen. (Beifall)

Wir wollen die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen offensiv nutzen. Wir wollen die Tarifbindung auch im Bereich der kirchlichen Wirtschaftsunternehmen ausbauen. Und wir werden uns dafür einsetzen, dass der gesetzliche Mindestlohn zügig auf zehn Euro steigt und dann der tariflichen Entwicklung folgt. (Beifall)

Von den prekären Beschäftigungsverhältnissen zur Rente:

Kolleginnen und Kollegen, mit den sogenannten Rentenreformen insbesondere der letzten anderthalb Jahrzehnte hat sich die deutsche Rentenpolitik grundlegend verändert. Heute steht die Sicherung des Lebensstandards nicht mehr im Mittelpunkt. Oberstes Ziel der Rentenpolitik ist seit Jahren die Stabilität des Beitragssatzes. Im letzten Jahrzehnt wurde das Leistungsniveau der Gesetzlichen Rentenversicherung erheblich abgesenkt und damit begonnen, das gesetzliche Renteneintrittsalter Zug um Zug auf 67 Jahre zu erhöhen. Wer früher in Rente geht, muss dafür dauerhafte Rentenabschläge in Kauf nehmen. Das ist nichts anderes als ein zusätzliches Rentenkürzungsprogramm. Und das lehnen wir ab, Kolleginnen und Kollegen. Da können wir unmittelbar anknüpfen an die gestrige Diskussion. (Lebhafter Beifall)

Die Rentenreformen haben Altersarmut programmiert. Davon betroffen sind keineswegs nur Niedriglöhner und prekär Beschäftigte. Und das ist seit 2012 auch regierungsamtlich.



Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Grundsatzreferat des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske

Ich schlage vor, Kolleginnen und Kollegen, dass wir uns das sehr, sehr klar vor Augen führen. Seinerzeit hat das Bundesarbeitsministerium eine Tabelle veröffentlicht, die viele schockiert hat:

Ein Babyboomer des Jahrgangs 1964 kann demzufolge bei einem Monatseinkommen von 2.500 Euro brutto (Stand 2012) nach 40 Arbeitsjahren gerade einmal mit 786 Euro gesetzlicher Rente rechnen. Hinzu kommt, Kolleginnen und Kollegen: Jeder dritte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte hatte 2012 ein Monatsgehalt, das geringer war als 2.500 Euro. 2.500 Euro und weniger: das trifft Millionen. Was da auf uns zukommt, ist massenhafte Altersarmut, wenn nicht gegengesteuert wird. Und wir müssen gegensteuern, Kolleginnen und Kollegen; denn das geht so überhaupt nicht. (Beifall)

Das aktuelle Rentenniveau liegt mit knapp 48 Prozent bereits heute unterhalb des Durchschnittsniveaus aller Industriestaaten; die liegen im Durchschnitt nämlich bei 54,4 Prozent des letzten Einkommens. Bei einem Rentenniveau von 43 Prozent droht auch für Durchschnittsverdiener der soziale Abstieg.

Die private Vorsorge kann die Kürzungen bei der gesetzlichen Rente oft nicht ausgleichen. Und über den Betrieb bekommt auch nur etwas mehr als jeder zweite Arbeitnehmer eine zusätzliche Altersversorgung.

Schon jetzt müssen immer mehr Rentner zum Sozialamt. Künftig droht aktuellen Schätzungen zufolge jedem dritten Vollzeitbeschäftigten Altersarmut und somit der Bezug von Grundsicherung.

Diese Grundsicherung liegt heute bei durchschnittlich 758 Euro. Grundsicherung für ein Drittel der Vollzeitbeschäftigten, Kolleginnen und Kollegen. Und da sind wir noch gar nicht bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Teilzeit, mit gebrochener Erwerbsbiografie und mit Minijobs. Das ist eine fundamentale Herausforderung. Für die Politik und für die Gewerkschaftsbewegung. Was hier droht, ist die Delegitimierung der gesetzlichen Rentenversicherung. Das können und das wollen wir nicht hinnehmen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Wir wollen, dass die gesetzliche Rentenversicherung wieder zu dem tragenden Fundament der Alterssicherung wird. Wir kämpfen dafür, dass die Rente für ein würdiges Leben reicht.

Das, was unsere Gesellschaft an Werten erzeugt, steigt Jahr für Jahr. Alle paar Jahre verdoppelt es sich. Und dennoch wird uns von interessierter Seite erzählt, dass wir uns ein

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Grundsatzreferat des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske

soziales Sicherungssystem, das unter viel ärmeren Bedingungen entstanden ist als den heutigen, nicht länger leisten könnten. Die Gesellschaft wird reicher und reicher, aber sie scheint ärmer zu werden. Das klingt nicht nur paradox, Kolleginnen und Kollegen, das ist paradox. Und wir sind nicht bereit, das zu akzeptieren. (Beifall)

Deswegen schlage ich vor, das Thema Altersarmut zum Gegenstand einer langfristig angelegten Kampagne zu machen - so, wie wir das beim gesetzlichen Mindestlohn schon einmal getan haben. (Beifall - Bravorufe)

Das Thema massenhaft drohender Altersarmut trifft Millionen von Menschen in unserer Gesellschaft. Aufgerufen ist dabei zugleich eine Kernfrage sozialer Gerechtigkeit: Im Alter selbstbestimmt, sozial abgesichert und in Würde leben zu können, das muss Ziel einer vorausschauenden, gerechten und sozial ausgewogenen Alterssicherungspolitik sein. Es ist an der Zeit, das gemeinsam einzufordern, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Und wenn ich sage gemeinsam - vor mir sitzt Stefan Körzell -, dann denke ich dabei auch und gerade an den DGB. Auch dort gibt es Überlegungen zu einer Initiative im Bundestagswahlkampf 2017 unter dem Motto „Heute die Rente von morgen sichern“. Ja, richtig so! Das ist gut. „Heute die Rente von morgen sichern“.

Dazu gehört an allererster Stelle ein besseres Rentenniveau. Ein Niveau, das eine Rente sicherstellt, von der man im Alter auch in Würde leben kann. Wir brauchen ein Mindestrentenniveau nicht unter 50 Prozent, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Renten aus jahrzehntelang niedrigen Verdiensten müssen am Ende des Arbeitslebens aufgestockt werden. Rente nach Mindesteinkommen - so, wie es die schon einmal gab -, das würde insbesondere vielen Frauen, Arbeitslosen und Menschen mit geringen Löhnen helfen.

Erwerbsminderungs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten müssen dringend aufgestockt werden. Um langfristig eine nachhaltige Finanzierung sicherzustellen, befürworten wir eine Erwerbstätigenversicherung. (Leichter Beifall) Und wir fordern, dass die Mütterrente schneller und umfänglicher als von der Großen Koalition geplant aus dem Bundeshaushalt finanziert wird, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Verbessern wollen wir auch die betriebliche Altersvorsorge. Heute haben 40 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten keine Ansprüche auf betriebliche Altersvorsorge. Das muss sich ändern.



Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Grundsatzreferat des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske

Seit 2002 haben Beschäftigte ein Recht auf eine Betriebsrente - jedoch nur, wenn sie es wünschen. Nur dann muss das Unternehmen einen Teil des Gehalts in einer Pensionskasse oder in eine Direktversicherung für eine spätere Betriebsrente stecken.

Aus dieser Holschuld des Arbeitnehmers muss eine Bringschuld der Arbeitgeber werden. (Beifall) Die Bundesregierung sollte jeden Betrieb verpflichten, ein attraktives Angebot für eine solche Altersversorgung zu machen. Dies würde automatisch Teil des Arbeitsvertrages, es sei denn, der Arbeitnehmer widerspricht ausdrücklich. - Das ist ein Modell, das andere Länder schon lange mit Erfolg praktizieren. In Großbritannien ist der Anteil der Beschäftigten, die sich eine solche Zusatzversorgung aufbauen, von 55 Prozent auf gut 90 Prozent gestiegen.

Und noch etwas sollte verändert werden: Noch immer werden Betriebsrenten auf die staatliche Grundsicherung im Alter, also die Sozialhilfe für einen Rentner, angerechnet. Diesen Fehlanreiz sollte die Bundesregierung entweder streichen oder durch großzügige Freibeträge mildern. (Leichter Beifall)

Auch die doppelte Krankenkassenpflicht auf Betriebsrenten muss weg. Sie führt zu krassen Einbußen bei der Auszahlung und benachteiligt Betriebsrenten gegenüber gesetzlich versicherten Ruheständlern mit einem Riestervertrag, die nur die Hälfte des Kassenbeitrags zahlen müssen.

Das sind sinnvolle und notwendige Veränderungen in der Verteilungspolitik. Wir werden uns dafür einsetzen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

All das, Kolleginnen und Kollegen, wirft zugleich die Frage nach einem handlungsfähigen Staat auf. Unser Wohlstand ist abhängig von einem handlungsfähigen Staat. Da freilich liegt vieles im Argen. Die Straßen sind voller Löcher, Brücken drohen einzustürzen, in den Schulen bröckelt der Putz, der Wind- und Solarstrom kommt nicht von Nord nach Süd, den Krankenhäusern fehlen neue medizintechnische Geräte und auf dem Land lahmt das Internet. Unsere Republik fährt auf Verschleiß. Die staatlichen Nettoinvestitionen - also Bruttoinvestitionen abzüglich Abschreibungen - sind seit 2003 im roten Bereich, der öffentliche Kapitalstock verfällt, die Investitionsschwäche bedroht das langfristige Wachstum.

Schäubles Prestigeprojekt aber ist die „schwarze Null“. In Zeiten, wo der deutsche Staat Kredite für umsonst aufnehmen könnte, nutzt Schäuble trotz eklatanter gesellschaftlicher Investitionsbedarfe nicht einmal den verfassungsrechtlich möglichen Verschuldungsspielraum aus, stattdessen soll privates Kapital für öffentliche Aufgaben mobilisiert werden.

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Grundsatzreferat des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske

Privates Kapital aber gibt es nicht zum Nulltarif. Private Investitionsfinanzierung ist teurer als eine Finanzierung über Staatsschulden oder Steuern. Das gilt besonders für sogenannte öffentlich private Partnerschaften, Public Private Partnership. Laut Bundesrechnungshof lagen die Kosten des privat finanzierten Straßenbaus bis zu 30 Prozent über dem Preis öffentlicher Träger.

Die Regierung, Kolleginnen und Kollegen, kann und muss in die Zukunft des Landes investieren. Mehr öffentliche Investitionen können große gesellschaftliche Bedarfe decken. Finanziert werden kann und muss dieser Kraftakt wahlweise durch höhere Schulden oder höhere Steuern. Und höhere Schulden - wie gesagt - gegenwärtig zu null; auch langfristige Kreditaufnahme praktisch für umsonst.

Die Steuer- beziehungsweise Verteilungspolitik ist zentral für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Hier läuft bei uns einiges gehörig schief. Die Wirtschafts- und Steuerpolitik hat über viele Jahre darauf abgezielt Unternehmenssteuern zu senken, Kapitalerträge geringer zu besteuern als Einkünfte aus Arbeit, die Vermögensteuer auszusetzen und die Erbschaftsteuer auszuhöhlen.

Bei der Besteuerung von großen Vermögen und Erbschaften ist Deutschland im internationalen Vergleich heute eine Steueroase. Ich halte das - gelinde gesagt - für unerträglich, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Und das muss man sich einmal klarmachen: Im Winter letzten Jahres zeigten die Verfassungsrichter der Bundesregierung die Rote Karte. Sie erklärten das geltende Erbschaft- und Schenkungsteuergesetz für verfassungswidrig. Firmenerben dürfen nicht weiter unverhältnismäßig bevorteilt werden. - So das Verfassungsgericht.

Die vom Bundesfinanzminister Schäuble zwischenzeitlich vorgelegte und durchs Kabinett gebrachte Gesetzesnovelle sieht jedoch weiterhin die Befreiung fast aller Betriebserben von der Besteuerung vor. Da stellte die grüne Bundestagsfraktion eine Anfrage im Bundestag, und das Finanzministerium antwortet, dass rund 99 Prozent befreit bleiben. So das Bundesfinanzministerium: 99 Prozent!

Kolleginnen und Kollegen, Deutschland ist inzwischen eine Erbenrepublik. In den nächsten Jahren wechseln bis zu vier Billionen Euro den Besitzer. Jedes Jahr werden 200 bis 250 Milliarden Euro an die nächste Generation weitergereicht. Aber Erben ist keine reine Privatangelegenheit. Die steigende Einkommens- und Vermögenskonzentration verhindert Chancengleichheit. Das darf sich so nicht fortsetzen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)



Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Grundsatzreferat des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske

Die Steueroase für Erben muss ausgetrocknet werden. Eine wirkliche Erbschaftsteuerreform muss der Anhäufung privaten Reichtums entgegensteuern und dazu beitragen, gesellschaftlichen Bedarfen besser Rechnung zu tragen: im Bildungssystem, bei der öffentlichen Infrastruktur und bei der Energiewende, um nur drei Beispiele zu nennen.

Deswegen sollten große Erbschaften künftig stärker besteuert werden. Alle Vergünstigungen - alle Vergünstigungen -, die nicht dem Gemeinwohl dienen, sollten gestrichen werden, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, die Verteilungsfrage stellt sich genauso bei der gesetzlichen Krankenversicherung. Wir haben das gestern bei der Vorstellung von Gabriele Gröschl-Bahr schon gehört. Der Gesetzgeber hat den gemeinsam von Arbeitgebern und Arbeitnehmern paritätisch zu finanzierenden Beitrag auf 14,6 Prozent festgeschrieben, obwohl die allgemeinen Gesundheitskosten 15,5 Prozent betragen. Die Differenz und alle künftigen Kosten des medizinischen Fortschritts oder verbesserter Versorgung sollen über den Zusatzbeitrag allein von den Versicherten aufgebracht werden. Paritätische Finanzierung der Gesundheitsausgaben - das war gestern. Gerecht ist es nicht, gerecht geht anders, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Ich unterstütze es daher ausdrücklich, wenn die Ersatzkassen jetzt eine Debatte darüber einfordern, dass der Gesetzgeber alle künftigen Zusatzkosten den Versicherten allein aufs Auge gedrückt hat.

Das ist nicht erträglich und auf Dauer auch sozial nicht aushaltbar. Und im Übrigen geradezu absurd, wie man am Beispiel Prävention sieht. Der Gesetzgeber zwingt die Kassen, für Gesundheitsvorsorge in den Betrieben erheblich mehr Geld auszugeben. Das ist in der Sache vernünftig. Aber bezahlen sollen es über die Zusatzbeiträge allein die Versicherten. Auch bei den geplanten Veränderungen im Krankenhaus ist das so.

Das sind durchweg Verbesserungen, die der Gesellschaft zugutekommen. Mit welchem Recht sagt man jetzt, an den Kosten sollen die Arbeitgeber nicht mehr beteiligt werden? Schon heute hat sich die Schere zwischen Arbeitgebern und Versicherten weit geöffnet. Arbeitgeber zahlen 47,1 Prozent und Versicherte 52,9 Prozent der Gesundheitskosten. Das ist nicht in Ordnung. Wir müssen zu einer echten Parität zurückkehren, Kolleginnen und Kollegen, und zwar so schnell wie möglich. (Beifall)

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Grundsatzreferat des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske

Das ist ein Thema, das im Bundestagswahlkampf 2017 prominent nach vorn gestellt werden sollte. Und ich meine, wir in ver.di sollten dazu beitragen. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, die Bedeutung von Dienstleistungen für nachhaltiges Wachstum, für Beschäftigung und Lebensqualität wird weiter zunehmen. Dem muss durch eine gezielte Dienstleistungspolitik Rechnung getragen werden.

Dazu braucht es einen handlungsfähigen und gerecht finanzierten Sozialstaat, der die Märkte nicht sich selbst überlässt, sondern ordnend und regulierend eingreift.

Das ist unser Anspruch, das fordern wir ein, gerade auch angesichts der laufenden Verhandlungen über die neuen Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit den USA, TTIP, und Kanada, CETA, sowie über den Handel mit Dienstleistungen, TISA.

Wir haben es schon angesprochen: Insgesamt gehen die TTIP-Verhandlungen nach wie vor in die falsche Richtung und auch beim Abkommen mit Kanada (CETA) sind keine Verbesserungen in Sicht. Die Abkommen zielen einseitig auf mehr Wettbewerb und Deregulierung. Das Ziel, gerechte Regeln für den Welthandel zu schaffen, bleibt weit im Hintergrund.

Fairer Handel geht anders! Deshalb ruft der DGB zusammen mit ver.di und anderen Einzelgewerkschaften und gemeinsam mit vielen weiteren Organisationen jetzt zu einer Großdemonstration am 10. Oktober in Berlin auf. Das Motto lautet: „TTIP und CETA stoppen! Für einen gerechten Welthandel!“ Wir, Kolleginnen und Kollegen, werden dabei sein. (Beifall)

Für die Beschäftigten steht einfach zu viel auf dem Spiel - wenn etwa Errungenschaften des Sozialstaats unter Konkurrenzdruck geraten und nur noch als Kostenfaktor gesehen werden. Oder wenn versucht wird, über einen völkerrechtlich bindenden Vertrag ein bestimmtes Liberalisierungsniveau festzuschreiben und die Möglichkeit zur öffentlichen Regulierung einzuschränken - so wie jetzt bei dem angestrebten Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen, TISA.

Weil das am Rande der bisherigen Aufmerksamkeit gelaufen ist, jetzt noch zwei, drei Gedanken zu TISA. Der zentrale Hebel sind dabei die sogenannten Stillstands- und Sperrklinkenklauseln. Eine Stillstandsklausel würde den bis dato erreichten Stand der Liberalisierung von Dienstleistungen in jedem Land zementieren, derweil eine Sperrklinkenklausel automatisch alle künftigen Maßnahmen zur Liberalisierung von Dienstleistungen unumkehrbar machen würde.



Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Grundsatzreferat des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske

Im Klartext: Wenn zum Beispiel eine schwarz-gelbe Bundesregierung die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen beschließen würde, wäre es jeder künftigen, anders zusammengesetzten Regierung später nicht mehr möglich, wieder zu einem öffentlichen Modell zurückzukehren. Eine Rekommunalisierung von Sektoren wäre aufgrund beider Klauseln unmöglich.

Angesichts der Gefahren, die TISA für die Qualität öffentlicher Dienstleistungen, für ein hohes Niveau von Arbeits-, Sozial- und Verbraucherschutzstandards sowie für den europäischen Datenschutz bedeutet, fordert ver.di:

Erstens. Die Verhandlungen dürfen keine Geheimsache sein. (Beifall)

Zweitens. Verhandlungsdokumente müssen veröffentlicht werden, damit Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft rechtzeitig informiert sind. (Beifall)

Drittens. Die öffentlichen Dienstleistungen müssen komplett aus dem Abkommen herausgenommen werden. (Beifall)

Viertens. Es darf keine Beschränkungen von Regulierungsmöglichkeiten geben, die dazu führen, dass das nationalstaatliche Niveau von Arbeits-, Sozial-, Umwelt- und Verbraucherstandards abgesenkt wird. (Beifall)

Fünftens. Die europäischen Datenschutzstandards dürfen nicht gefährdet werden. Von ausländischen Unternehmen erhobene Daten müssen deshalb vor Ort unter Berücksichtigung des Datenschutzrechts verarbeitet werden. (Beifall)

Schon wenn diese Mindestanforderungen nicht erfüllt sind, bleibt nur die Ablehnung des TISA-Abkommens im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament. Das ist unsere Position, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Dagegen geht die Europäische Kommission den aus unserer Sicht völlig falschen Weg, wenn sie Märkte - europäisch wie global - weiter auf Teufel komm raus öffnet, ohne sie gleichzeitig sozial zu gestalten.

Beim letzten Bundeskongress, inmitten der Euro-Krise, gab es berechtigte Hoffnung, dass aus der Krise gelernt wird. Die Konstruktionsfehler der Währungsunion waren offen zutage getreten, die einseitige Ausrichtung an wirtschaftlichen Interessen und dem Ziel der Wett-

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Grundsatzreferat des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske

bewerbsfähigkeit wurde nicht nur von uns kritisiert. Doch die Hoffnung, die EU-Politik würde sich ändern und die Interessen der Menschen und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärker in den Blick nehmen, haben sich nicht erfüllt. Im Gegenteil: Es findet derzeit ein enormer Umbau in der EU statt, der in die entgegengesetzte Richtung geht und uns mit großer Sorge erfüllen muss:

Europäische Mindeststandards werden infrage gestellt, soziale Errungenschaften auf der nationalen Ebene - auch auf Druck der EU, insbesondere der Troika - abgebaut. Im Grunde kennt man nur noch ein Rezept: Mit sinkenden oder stagnierenden Löhnen sollen Europas Unternehmen an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen und vermehrt im Ausland verkaufen, um sich so aus der Krise zu exportieren.

Die gewählten Parlamente, das Europäische Parlament wie die nationalen Parlamente, verlieren Einfluss. Entscheidungen werden zunehmend von der EU-Kommission, wenigen mächtigen Regierungen sowie Expertengruppen vorgegeben.

Auch die Sozialpartner verlieren an Einfluss sowohl auf der europäischen Ebene als auch durch den europäisch erzwungenen Abbau von Gewerkschaftsrechten vielerorts auch auf der nationalen Ebene.

Statt mehr Transparenz gibt es mehr Geheimhaltung.

Wie die EU sich entwickelt, Kolleginnen und Kollegen, wird den Märkten beziehungsweise oft selbst gemachten Sachzwängen überlassen. Wenn dies so weitergeht, wird die EU am Ende nicht mehr sein als eine Freihandelszone mit einer marktkonformen Demokratie. Auf diese Weise allerdings gerät die politische, die demokratische Gestaltung der EU immer mehr in den Hintergrund.

Wer bei dieser Politik das Nachsehen hat, liegt auf der Hand. Verlierer werden in erster Linie die Beschäftigten sein. Daher müssen wir uns dringend einmischen. Und neben notwendigen Abwehrkämpfen unsere Vorstellungen einer anderen, solidarischen Europäischen Union in die öffentliche Debatte einbringen.

Eine koordinierende Haushaltspolitik, die nicht nur Sparen, sondern auch das Investieren abstimmt, eine Geldpolitik, die nicht nur die Preisstabilität, sondern auch Wachstum und Beschäftigung im Blick hat, eine Politik zur Eindämmung des Steuer-, Sozial- und Lohn-dumpings - das, Kolleginnen und Kollegen, sind unsere Vorstellungen von einer europäischen Wirtschaftsregierung, die diesen Namen verdient. (Beifall)



Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Grundsatzreferat des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske

Das, was seit der Krise offiziell in Brüssel und Berlin an Vorschlägen zur Weiterentwicklung der Währungsunion diskutiert wird, weist jedoch in eine andere Richtung, zuletzt mit dem auch schon angesprochenen Vorstoß der Präsidenten aller EU-Institutionen. Um die Lohnentwicklung zu bremsen, wollen sie in jedem Mitgliedsstaat eine - wie heißt es so schön? „unabhängige nationale Stelle zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit“ eingerichtet sehen, die prüft, ob sich die Löhne im Einklang mit der Produktivität und ähnlich wie bei den wichtigsten Handelspartnern entwickeln.

Die Empfehlung dieser unabhängigen Experten soll dann die Richtschnur für die Tarifverhandlungen sein. Das wäre ein klarer und absolut inakzeptabler Eingriff in die Tarifautonomie mit absehbaren Auswirkungen auch auf Deutschland. Denn wenn die Löhne sinken und die Gewerkschaftsrechte geschliffen werden, dann kann sich mittelfristig auch ein wirtschaftlich so starkes Land wie Deutschland dem nicht mehr entziehen. Daher müssen wir uns gegen diese Pläne wehren und sagen: weniger von diesem Europa, mehr von einem anderen. (Beifall)

Dafür brauchen wir eine europäische Gewerkschaftsbewegung, die kampagnenfähig ist, die mobilisierungsfähig ist und die letztlich in der Lage ist, den Kampf gegen die Austeritätspolitik und gegen die Angriffe auf Gewerkschaftsrechte in Europa europaweit zu organisieren und zu führen.

Nächste Woche kommen die Delegierten der europäischen Gewerkschaften zum Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbunds zusammen und beraten über die Ausgestaltung der gewerkschaftlichen Politik in den nächsten Jahren.

Zu den vordringlichsten Aufgaben zählt dabei aus meiner Sicht: Erstens ein gewerkschaftlicher Kampf gegen die Versuche, in die Lohnpolitik einzugreifen und die Gewerkschaftsrechte einzuschränken - bis hin zum Streikrecht.

Zweitens gehört dazu die Einführung von europäischen Regeln für die nationalen Mindestlöhne. Diese sind zwar faktisch überall in der EU vorhanden, unterscheiden sich aber in ihrem relativen Gewicht, was den Anteil an den nationalen Durchschnittslöhnen angeht, zu stark. Es gibt Spreizungen von 30 bis fast 60 Prozent Anteil am nationalen Durchschnittslohn. Hier muss die 50- Prozent- oder die 60-Prozent-Regel eingeführt werden.

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Grundsatzreferat des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske

Und drittens gehört der Vorrang der sozialen Rechte vor den Binnenmarktfreiheiten durch die Verankerung einer sozialen Fortschrittsklausel in den europäischen Verträgen dazu. - Ich denke, Kolleginnen und Kollegen, das findet eure Zustimmung. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, seit 2008 wirbt ver.di mit seinem „Manifest zur Europapolitik“ für „mehr Europa, aber anders“ und ein Voranschreiten zu einer politischen Union mit einer anders ausgerichteten sozialen und ökonomischen Politik. Das war damals weitsichtig, heute ist es dringlicher denn je.

Kolleginnen und Kollegen, gegenwärtig erleben wir, wie die politische Agenda in Deutschland und in Europa neu gewichtet wird. Europa erlebt im Sommer 2015 den Beginn einer großen Flüchtlingskrise - Beginn deshalb, weil die Fluchtursachen nicht so schnell verschwinden, sondern sich eher noch verstärken werden. Insbesondere Deutschland wird sich auf eine Einwanderung einstellen müssen, die weit über das hinausgeht, was es aus seiner jüngsten Geschichte kennt. Diese Flüchtlingswelle wird - so oder so - diese Gesellschaft verändern. Es muss gelingen, dass dies zum Positiven geschieht. (Beifall)

Natürlich machen sich nicht wenige Menschen berechtigte Sorgen darum, wie all den Ankommenden mit Wohnungen, Schulbildung, Arbeitsplätzen und Gesundheitsversorgung geholfen werden soll. Denn viele von ihnen werden bleiben - mit allen Veränderungen, die das für eine Gesellschaft bedeutet. Und Mangel an bezahlbarem Wohnraum gibt in den Ballungszentren schon heute. Eine Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus ist schon lange erforderlich. Jetzt wird sie erst recht unausweichbar. (Beifall)

Da wird nicht nur mit offenen Armen empfangen. Da verhärten sich auch Ressentiments bei Menschen, die sich als Modernisierungsverlierer fühlen und als Zu-kurz-Gekommene, bei Menschen, die sich darüber empören, dass sich die politischen Autoritäten scheinbar lieber um Flüchtlinge kümmern als um sie und dass Leute mit Zuwendungen versehen werden, die vermeintlich nicht dazugehören: Flüchtlinge und Migranten.

„Warum Menschen als Menschen betrachten, die sich nur durchfüttern lassen wollen?“, fragte allen Ernstes jemand in Heidenau. Das macht einen fassungslos. Was sich da zwischenzeitlich an Unmenschlichkeit, Sozialneid und offenem Hass Bahn bricht, kann einen nur mit Abscheu erfüllen.

Tiefen Eindruck - ja, wirklich tiefen Eindruck - auf mich hat da ein Radiointerview gemacht, das ich vor Kurzem gehört habe. Da wurde ein Fünfjähriger in einer Kita gefragt, wie lange er denn schon in der Kita sei. „Ja, so zwei Jahre“, hat er geantwortet, um dann vom Re-



Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Grundsatzreferat des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske

porter gefragt zu werden, ob es denn in der Kita auch Ausländer gebe. Darauf der Junge: „Nein, nur Kinder.“ (Lebhafter Beifall) Wie viele in unserer Gesellschaft könnten von der selbstverständlichen Menschlichkeit dieses Fünfjährigen lernen, liebe Kolleginnen und Kollegen! (Beifall)

Menschlichkeit? Ja. Ohne jede Einschränkung muss gelten: Wer Schutz braucht, muss ihn in der Bundesrepublik Deutschland erhalten. Für uns als Gewerkschaft ist gerade die Flüchtlings- und Asylpolitik zuallererst ein humanitäres Anliegen. Und wir sind stolz auf das beeindruckende ehrenamtliche Engagement vor Ort, die große Zahl von Menschen, die Flüchtlinge willkommen heißen und Ansprechpartner für Fragen des Alltags sind.

Zugleich ist ein weltoffenes Deutschland mit einer funktionierenden Willkommenskultur gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels das Gebot der Stunde, um durch Fachkräftesicherung die Zukunftsfähigkeit unseres Landes als Wirtschaftsstandort zu gewährleisten.

Aber betont sei an dieser Stelle auch: Flüchtlingshilfe ist für uns kein Instrument der Fachkräftesicherung. Wir halten es für eine Pflicht, Menschen, die in ihrer Heimat verfolgt werden und denen Gefahr für Leib und Leben droht, Schutz und Asyl zu gewähren, und zwar völlig unabhängig von ihrer jeweiligen Qualifikation oder sonstigen Eigenschaften. (Beifall) Flüchtlingshilfe sollte aber nicht mit Zuwanderungspolitik verwechselt werden. Wer bei uns Schutz und Asyl sucht, hat das Recht auf ein zügiges und faires Verfahren, damit die vorgebrachten Gründe geprüft und anerkannt werden können.

Was in der jetzigen Situation nottut, ist ganz sicher eine deutliche Aufstockung des Personals im Bereich der mit den Asylanträgen und der Betreuung Asylsuchender betrauten Stellen und ebenso eine Verbesserung der Arbeits- und Betreuungsbedingungen in den Kitas wie bei allen den Behörden, Einrichtungen und Trägern, die sich um die Flüchtlinge kümmern. Da sind der Bund, die Länder und die Kommunen gleichermaßen gefordert.

Entscheidend ist die Integration, sind Deutschkurse für alle Asylsuchenden und Geduldeten sowie die Möglichkeit, zügig Zugang zum Arbeitsmarkt zu erhalten. Je besser dies gelingt, umso mehr kann unsere Gesellschaft dabei sozial und wirtschaftlich gewinnen.

Zur Wehr setzen werden wir uns allerdings gegen alle Versuche, Flüchtlinge vom Mindestlohn und der Geltung des Arbeitszeitgesetzes auszunehmen und als Lohndrücker einzusetzen. (Beifall) Für den sozialen Frieden ist es elementar wichtig, dass diejenigen, die im Niedriglohnbereich arbeiten, nicht das Gefühl bekommen, dass Flüchtlinge ihre Arbeitsbedin-

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Grundsatzreferat des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske

gungen weiter verschlechtern. Wir, Kolleginnen und Kollegen, wollen dazu beitragen, dass diejenigen, die kommen, und diejenigen, die hier sind, nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern gemeinsam in den Gewerkschaften für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen eintreten.

Dringend notwendig ist ferner eine europäische Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik, die auf den Prinzipien der Solidarität und den Werten der Menschlichkeit gründet. Das Sterben im Mittelmeer muss ein Ende haben! (Beifall)

Notwendig sind aber ebenso politische Initiativen zur Bekämpfung von Fluchtursachen in den süd- und südosteuropäischen Ländern, in den Ländern des Nahen Ostens und Afrikas. Notwendig sind konzentrierte Anstrengungen für wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung echter wirtschaftlicher und sozialer Perspektiven, besonders für junge Menschen in den Herkunftsländern. Deutschland muss seine Entwicklungshilfe drastisch erhöhen. Waffenexporte in Krisenregionen verbieten sich schon lange. (Beifall) Und die EU muss aufhören, durch ihre Politik Märkte in Entwicklungsländern zu zerstören. (Beifall)

Ich will nur diesen Aspekt herausgreifen und beispielhaft konkretisieren: Heute importiert Westafrika bereits 25 Prozent seiner Nahrungsmittel. Die EU konnte zwischen 2000 und 2010 ihre Nahrungsmittelsexporte, hoch subventioniert, nach Westafrika praktisch verdoppeln. Deren Wert stieg auf drei Milliarden Euro. Das wirkt auf den ersten Blick als nicht sehr viel, aber wir reden über sehr, sehr arme Gesellschaften. Unsere Exporte von Nahrungsmitteln zu Dumpingpreisen zerstören weiter ganze Sektoren der dortigen Landwirtschaft. Millionen Kleinbauern mit ihren Familien werden ruiniert.

Das ist ein Problem, das durchaus gesehen wird. Ich ziehe jetzt mal als Kronzeugen einen heran, dem man das normalerweise gar nicht zutrauen würde; vollkommen unverdächtige Quelle, nämlich den Kommissionspräsidenten der EU, Juncker, der, als er noch Premierminister Luxemburgs war, geschrieben hat - ich darf das mal zitieren -:

„Während auf der einen Seite die Entwicklungspolitik sich bemüht, den Ärmsten der Armen auf dem Weg zu einem besseren Leben zu helfen, wird oft, eigentlich regelmäßig, zwei Konferenzräume weiter in Ausübung von Machtpolitik in Reinkultur für die Wirtschaftsinteressen westlicher Konzerne gefochten, eine Politik, aus welcher Konsequenzen faktisch ungleich größerer Wirkung für Entwicklungsländer entstehen. Immer wieder müssen wir feststellen, dass das, was mit der rechten Hand gegeben wurde, mit der linken doppelt und dreifach wieder genommen wurde; dass, um die Ertragsfähigkeit eines Kon-



Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Grundsatzreferat des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske

zerns bei uns um einige Cent zu erhöhen, ganze Märkte in Afrika untergraben und zerstört werden.“ (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, es liegt in unser aller Interesse, dieser ebenso aggressiven wie kurzsichtigen Handelspolitik ein Ende zu setzen. Die Afrikaner müssen die Chance bekommen, ihre Märkte neu regulieren und ihre Kleinproduzenten schützen zu können. Sonst kommen sie zu uns! (Beifall)

Da, Kolleginnen und Kollegen, auch da muss der Hebel angesetzt werden, wenn man es ernst damit meint, dass die Bedingungen in den Herkunftsländern verbessert werden müssen, damit die Menschen nicht gezwungen sind zu flüchten. Gezwungen zu flüchten unter anderem auch vor den Folgen einer höchst einseitigen Handelspolitik. Dafür setzen wir uns ein. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss kommend: Wir stehen vor großen Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen und die wir zu bewältigen haben. Und wir packen es an.

Unsere zentralen Aufgaben sind:

Wir wollen mehr Mitglieder gewinnen und damit stärker werden. Das ist die herausragende politische Aufgabe, die wir ins Zentrum unserer Arbeit stellen.

Wir werden unser Engagement für Gute Arbeit verstärken. Wir wollen Betroffene zu Beteiligten machen, Arbeitspolitik von unten entwickeln, kollektive Macht aus den Betrieben und Verwaltungen heraus, in den Unternehmen und Dienststellen entfalten und dafür auch offensiv unsere Mitbestimmungsrechte einsetzen. Wir werden Tarifflicht, Gewerkschafts-Bashing, Betriebsräte-Mobbing bekämpfen, wo immer wir sind, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Wir werden Antworten auf den derzeit stattfindenden Umbruch durch die Digitalisierung von Arbeit und Dienstleistungen erarbeiten und unsere Betriebs- und Tarifpolitik darauf ausrichten. Wir wollen den Übergang von der alten zur neuen digitalisierten Arbeitswelt gestalten - im Sinne eines humanen, eines sozialen und ökologischen Fortschritts.

Eine unserer zentralen Aufgaben ist unser Kampf für eine gerechtere Verteilung, für mehr Steuergerechtigkeit, für einen aktiven Sozialstaat und für zuverlässige soziale Sicherungs-

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Grundsatzreferat des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske

systeme. Den Kampf für eine Rente, die ein Alter in Würde sichert, Kolleginnen und Kollegen, den wollen, den müssen und den werden wir führen. (Beifall)

Eingriffe in unsere Rechte, sei es auf nationaler, europäischer oder internationaler Ebene, werden wir nicht hinnehmen. So, wie wir jeden Versuch einer Einschränkung des Streikrechts bekämpfen werden.

Und wir setzen uns ein für ein soziales, ein demokratisches und weltoffenes Europa. Europa ja, aber anders! (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst mich abschließend noch dieses sagen: Nächstes Jahr feiern wir ein doppeltes Jubiläum. Es jähren sich 15 Jahre ver.di und es jährt sich zum 150. Mal die Gründung unserer ältesten Vorgängerorganisation, die des Deutschen Buchdruckerverbandes. Wir sind nächstes Jahr 150 Jahre alt, und wir sind stolz darauf, in dieser Traditionslinie zu stehen.

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter stehen für fundamentale moralische Werte in unserer Gesellschaft, für die Würde des Menschen in der Arbeit wie im Alter. Und wir stehen Seite an Seite auch mit den Jungen, für gute Bildung und Ausbildung, für gesicherte Arbeitsverhältnisse und mehr Zeitsouveränität.

Und deswegen, Kolleginnen und Kollegen, sind wir stolz, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zu sein. Heute, fast 150 Jahre, nachdem Arbeiter in Druckereien begonnen haben, sich gewerkschaftlich zusammenzuschließen, um so erfolgreicher für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen kämpfen zu können.

Ja, wir sind stolz, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zu sein, und das bringen wir zum Ausdruck. In dieser Woche hier auf unserem Kongress und morgen in den Betrieben, in den Verwaltungen, in den Ausbildungsstätten und wo immer sonst Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ihren Mann und ihre Frau stehen - mit und für unsere Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft.

Ich danke euch, Kolleginnen und Kollegen, für eure Aufmerksamkeit. (Starker, anhaltender Beifall - Die Delegierten erheben sich von den Sitzen)

Ich danke euch, Kolleginnen und Kollegen. Dieser Beifall gilt uns allen, euch und uns allen gemeinsam. Mit uns und unserer Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft nach vorn, Kolleginnen und Kollegen, miteinander, gemeinsam. Auf geht's! (Lebhafter Beifall)

